

II-10671 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5358/J

ANFRAGE

1990 -04- 05

der Abgeordneten Dr. Ettmayer
und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Nachteile in Verbindung einer Auflösung der Kaast
Krems/Stadt

Durch die vom Innenministerium betriebene Auflösung der Kaast
Krems/Stadt würden zahlreiche Nachteile entstehen, von denen
hier nur die wesentlichsten angeführt werden sollen:

- eine berufliche Benachteiligung der dort derzeit tätigen
Beamten, wobei insbesondere die beruflichen
Aufstiegschancen beeinträchtigt werden;
- zusätzlicher Bürokratismus, weil in Zukunft zahlreiche
Amtshandlungen fernschriftlich über das Bundesministerium
für Inneres genehmigt werden müssen;
- die Bearbeitung von Kapitalverbrechen, die
Suchtgiftbekämpfung sowie Amtshandlungen in der
Strafvollzugsanstalt Stein können nicht so wirkungsvoll
wie bisher durchgeführt werden;
- Mehrkosten in Millionenhöhe, da die im neuen
Bundesamtsgebäude in Krems für die Kaast Krems/Stadt
vorgesehenen Diensträume nicht bezogen werden können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den
Bundesminister für Inneres folgende

-2-

Anfrage:

1. Teilen Sie die Auffassung, daß durch die Auflösung der Kaast Krems/Stadt für die dortigen Beamten berufliche Nachteile entstehen?
2. Sind Sie der Meinung, daß durch die Auflösung bzw. notwendige Zuteilungen durch das Innenministerium der Bürokratismus gefördert wird?
3. Ist es richtig, daß Kapitalverbrechen sowie die Suchtgiftbekämpfung nicht in derselben wirksamen Weise wie bisher bekämpft werden können (bitte genaue Begründung dieser Ausführungen)?
4. Wie kann es gerechtfertigt werden, daß durch die Auflösung der Kaast Krems/Stadt Mehrkosten in Millionenhöhe entstehen?